

Befragung in Deutschland

im Auftrag von DIA

November 2024

The logo for INSA CONSULERE features the word "INSA" in a large, bold, red sans-serif font, with the word "CONSULERE" in a smaller, bold, blue sans-serif font directly below it. To the left of the text is a solid blue vertical bar. The logo is positioned on the left side of a horizontal bar that is divided into a red upper section and a blue lower section.

INSA
CONSULERE

Feldzeit:

15.11. – 18.11.2024

Methodik:

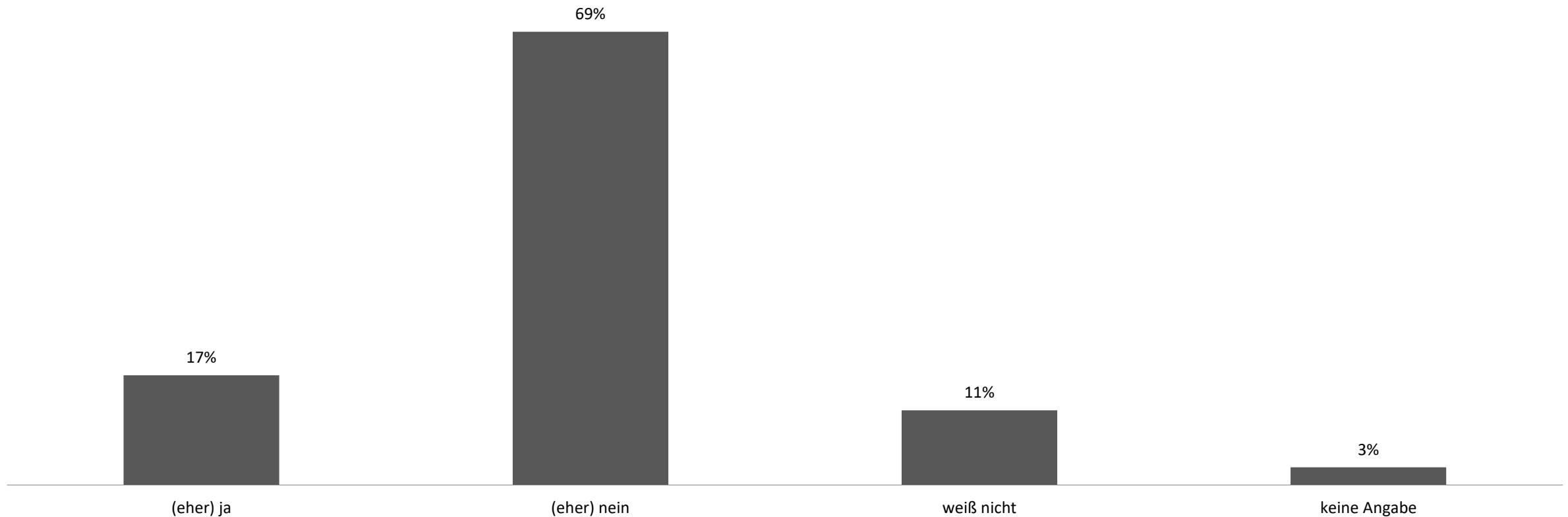
Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Die Umfrage ist gestützt auf der permanenten Telefon-Befragung *INSA-Perpetua Demoscopia*.

Stichprobe:

2.008 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Vor wenigen Tagen zerbrach die Regierungskoalition. Bundeskanzler Olaf Scholz und sein Kabinett hatten das Thema „Rente“ im Wahlkampf und in der dreijährigen Regierungszeit als einen Schwerpunkt bezeichnet.

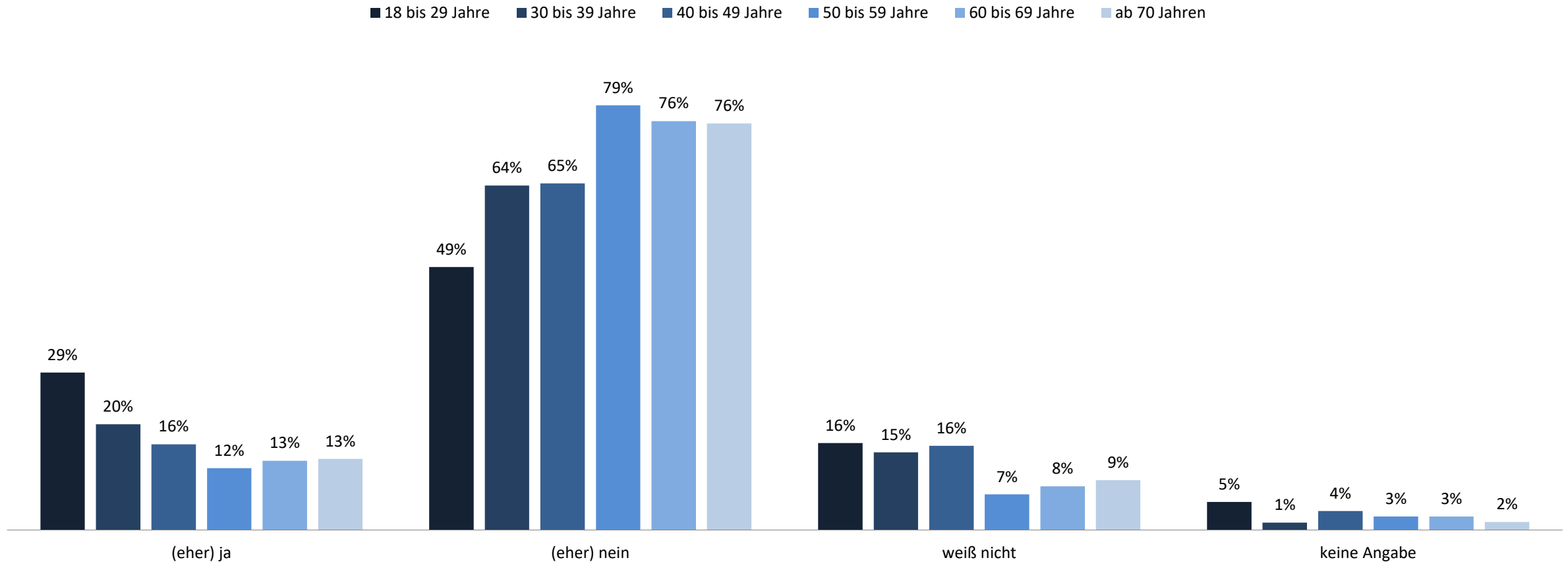
Wurde die Ampelregierung Ihrer Einschätzung nach diesem selbst gestellten Anspruch gerecht?



Eine klare absolute Mehrheit (69 %) glaubt nicht, dass die Ampelregierung ihrem selbst gestellten Anspruch, das Thema „Rente“ als Schwerpunkt ihrer Regierungszeit zu behandeln, gerecht wurde. Lediglich 17 Prozent glauben dies (eher). Elf Prozent trauen sich hierzu keine Einschätzung zu und weitere drei Prozent wollen sich nicht positionieren.

Vor wenigen Tagen zerbrach die Regierungskoalition. Bundeskanzler Olaf Scholz und sein Kabinett hatten das Thema „Rente“ im Wahlkampf und in der dreijährigen Regierungszeit als einen Schwerpunkt bezeichnet.

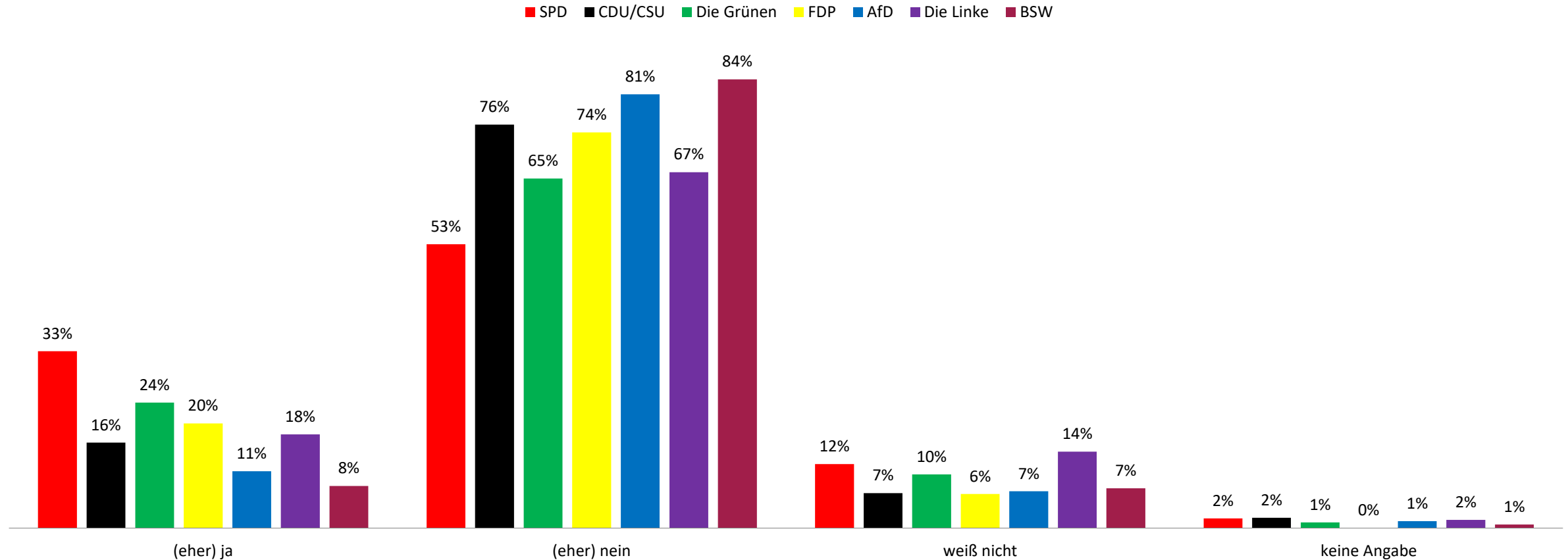
Wurde die Ampelregierung Ihrer Einschätzung nach diesem selbst gestellten Anspruch gerecht?



Alle Altersgruppen glauben jeweils mehrheitlich, dass die Bundesregierung an diesem Anspruch gescheitert ist, wobei dieser Anteil von 49 Prozent bei den Jüngsten (18 bis 29 Jahre) bis auf 76 bzw. 79 Prozent bei den ab 50-Jährigen ansteigt. Entsprechend halten die jüngsten Befragten diesen Anspruch (deutlich) am häufigsten für erfüllt (29 zu 12 – 20 %).

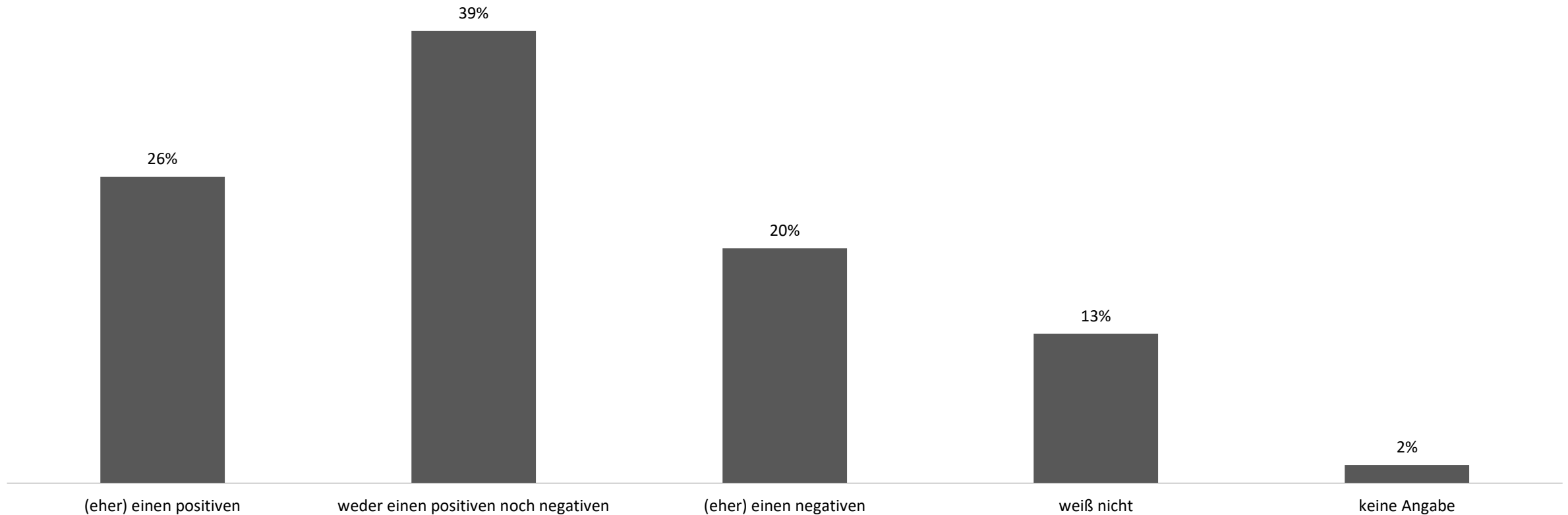
Vor wenigen Tagen zerbrach die Regierungskoalition. Bundeskanzler Olaf Scholz und sein Kabinett hatten das Thema „Rente“ im Wahlkampf und in der dreijährigen Regierungszeit als einen Schwerpunkt bezeichnet.

Wurde die Ampelregierung Ihrer Einschätzung nach diesem selbst gestellten Anspruch gerecht?



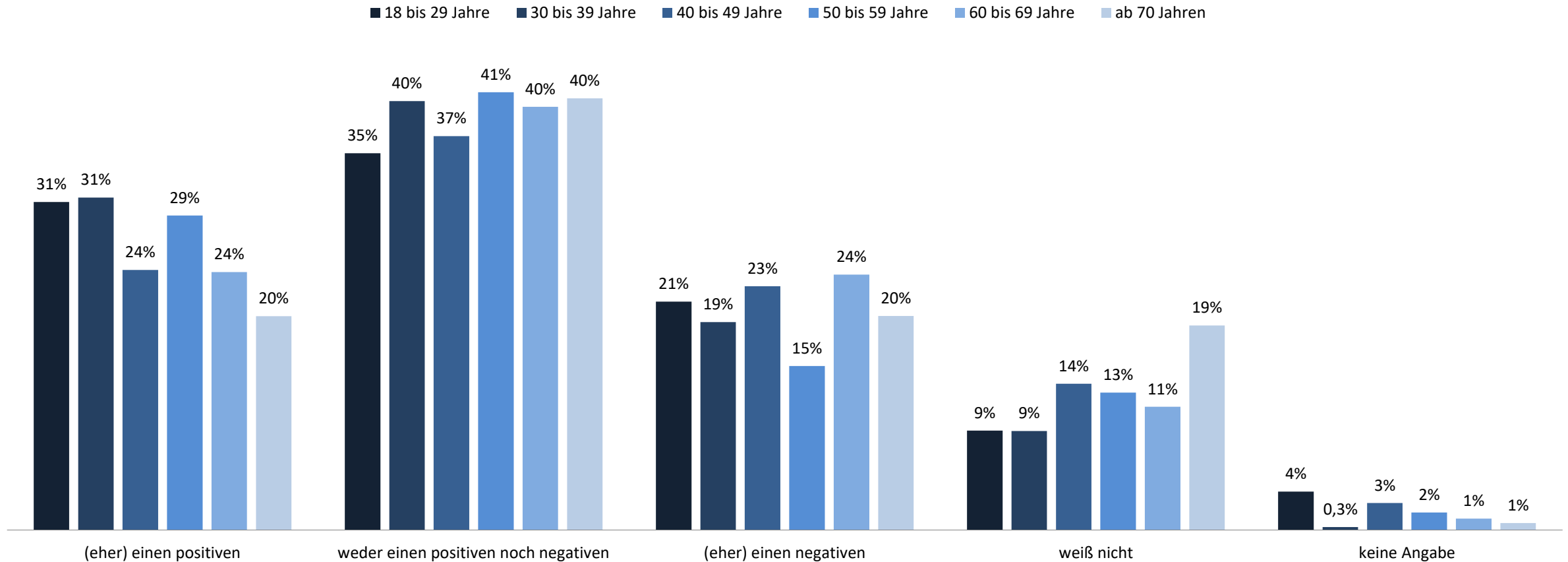
Alle Wählergruppen glauben jeweils absolut-mehrheitlich nicht, dass die Ampelregierung diesem Anspruch gerecht wurde, wobei dieser Anteil bei SPD-Wählern deutlich am geringsten ausfällt (53 zu 65 – 84 %). Entsprechend sind diese deutlich am häufigsten der Ansicht, dass die Bundesregierung dem gerecht wurde (33 zu 8 – 24 %).

Glauben Sie, dass vorgezogene Neuwahlen einen (eher) positiven oder negativen Einfluss auf die Entwicklung des deutschen Rentensystems haben werden?



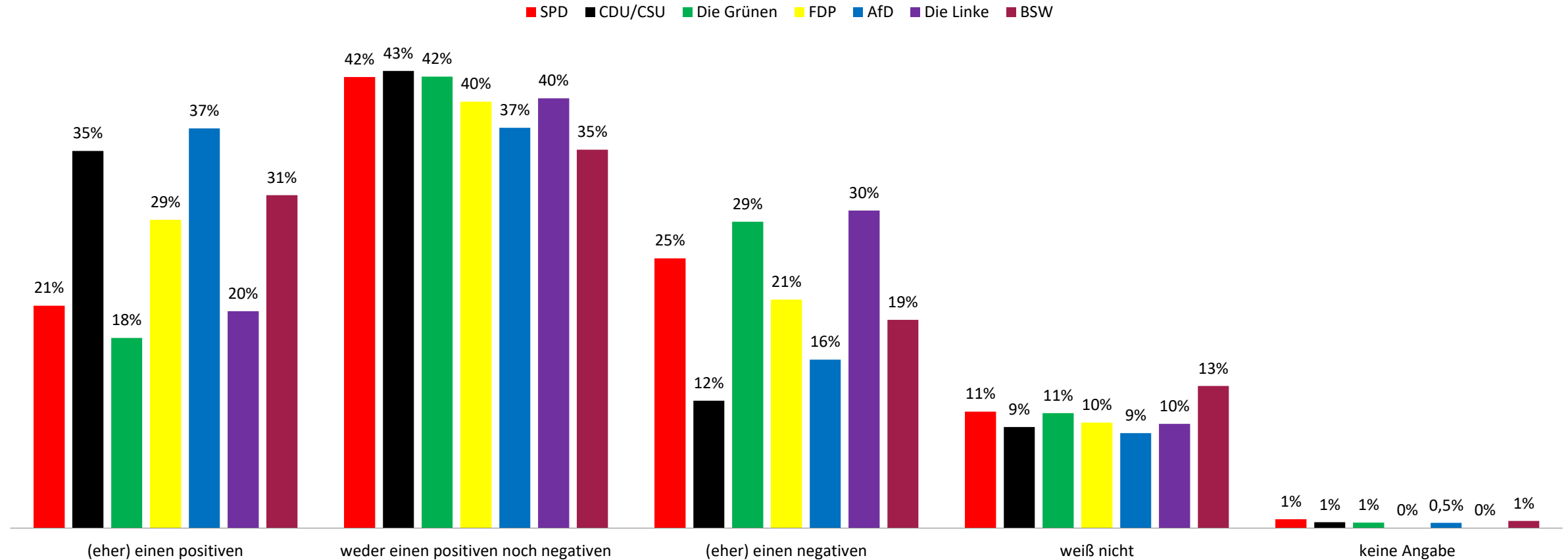
Die relative Mehrheit von 39 Prozent glaubt nicht, dass vorgezogene Neuwahlen einen Einfluss auf die Entwicklung des deutschen Rentensystems haben werden. Gut ein Viertel (26 %) glaubt an einen positiven Einfluss und ein Fünftel (20 %) an einen negativen. 15 Prozent (kumuliert) können oder wollen dazu keine Einschätzung kundtun.

Glauben Sie, dass vorgezogene Neuwahlen einen (eher) positiven oder negativen Einfluss auf die Entwicklung des deutschen Rentensystems haben werden?



Alle Altersgruppen sind jeweils mehrheitlich der Ansicht, dass sich Neuwahlen weder positiv noch negativ auf das Rentensystems auswirken werden (35 – 41 %). Die ältesten Befragten (ab 70 Jahren) glauben etwas seltener an einen positiven Einfluss (20 zu 24 – 31 %), wissen es aber auch am häufigsten nicht, wie sich diese auswirken werden (19 zu 9 – 14 %).

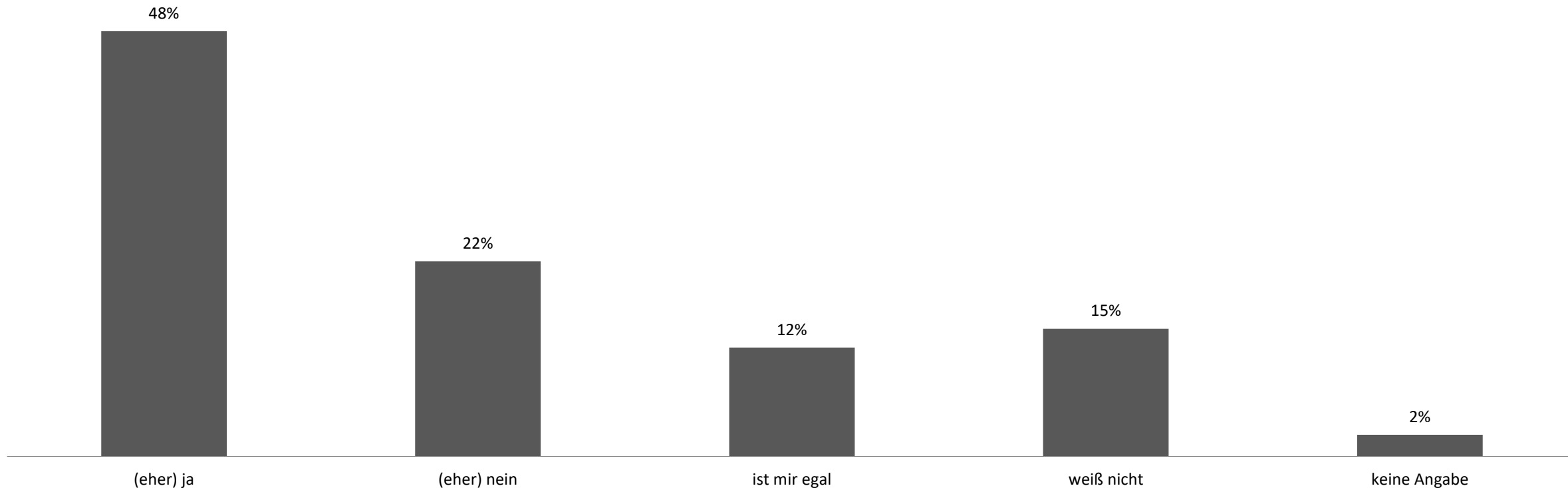
Glauben Sie, dass vorgezogene Neuwahlen einen (eher) positiven oder negativen Einfluss auf die Entwicklung des deutschen Rentensystems haben werden?



Lediglich Wähler der AfD sind hinsichtlich ihrer Erwartung gespalten: 37 Prozent glauben an keinerlei Auswirkung und genauso viele an einen positiven Einfluss. Alle anderen gehen relativ-mehrheitlich nicht davon aus, dass die Neuwahlen zu Veränderungen im deutschen Rentensystem führen werden (35 – 43 %). Eine (eher) positive Entwicklung erwarten neben AfD-Wählern vor allem FDP-, BSW- und Unions-Wähler (29 – 35 zu 18 – 21 %). Eben jene gehen entsprechend seltener von einem (eher) negativen Einfluss aus (12 – 21 zu 25 – 30 %).

Drei größere Gesetzesvorhaben zur gesetzlichen Rente, zur betrieblichen Altersversorgung und zur privaten Altersvorsorge sind noch im Gesetzgebungsverfahren.

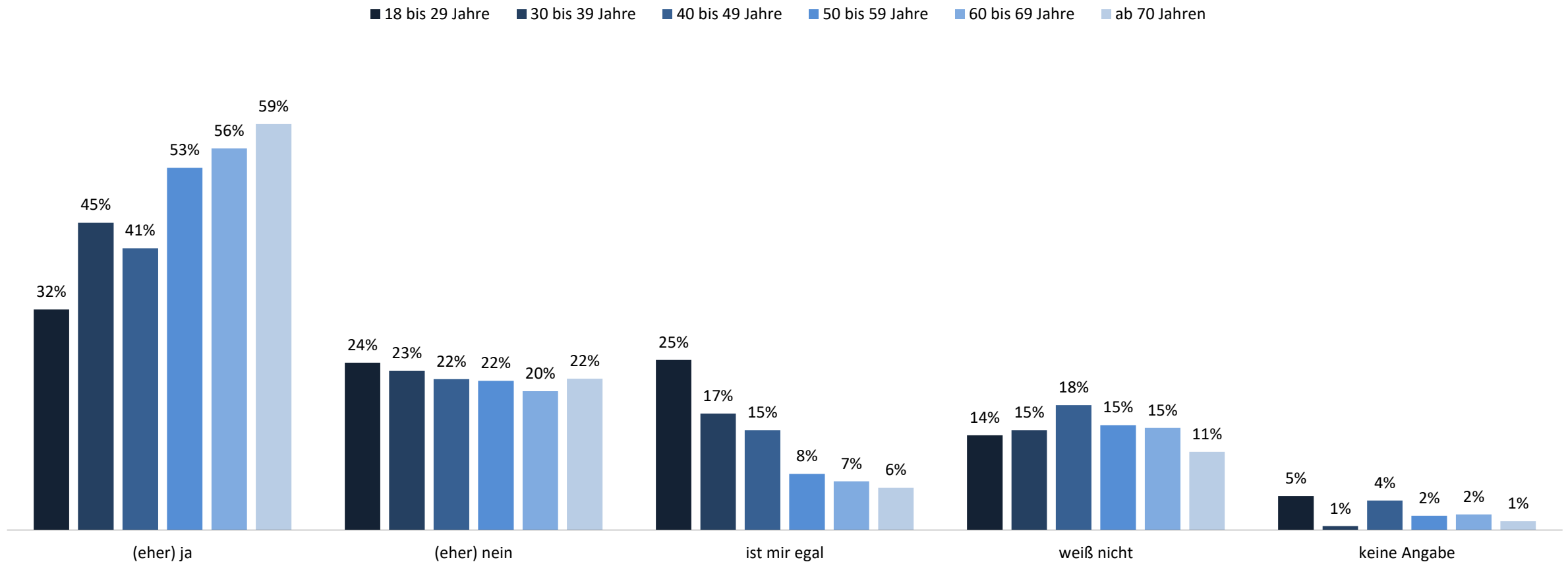
Sollte die CDU/CSU als größte Oppositionspartei den Abschluss dieser Vorhaben bis zur Auflösung des Bundestages noch ermöglichen?



Fast die Hälfte (48 %) der Umfrageteilnehmer spricht sich dafür aus, dass die Union als größte Oppositionspartei den vorbereiteten rentenpolitischen Gesetzesvorhaben noch vor der Auflösung des Bundestags zu Mehrheiten verhelfen sollten. Gut ein Fünftel (22 %) vertritt die Meinung, dass die Union einem Abschluss dieser Gesetzesvorhaben im Wege stehen sollte. Zwölf Prozent ist dies egal, 15 Prozent wissen es nicht und weitere zwei Prozent wollen dazu keine Angabe machen.

Drei größere Gesetzesvorhaben zur gesetzlichen Rente, zur betrieblichen Altersversorgung und zur privaten Altersvorsorge sind noch im Gesetzgebungsverfahren.

Sollte die CDU/CSU als größte Oppositionspartei den Abschluss dieser Vorhaben bis zur Auflösung des Bundestages noch ermöglichen?

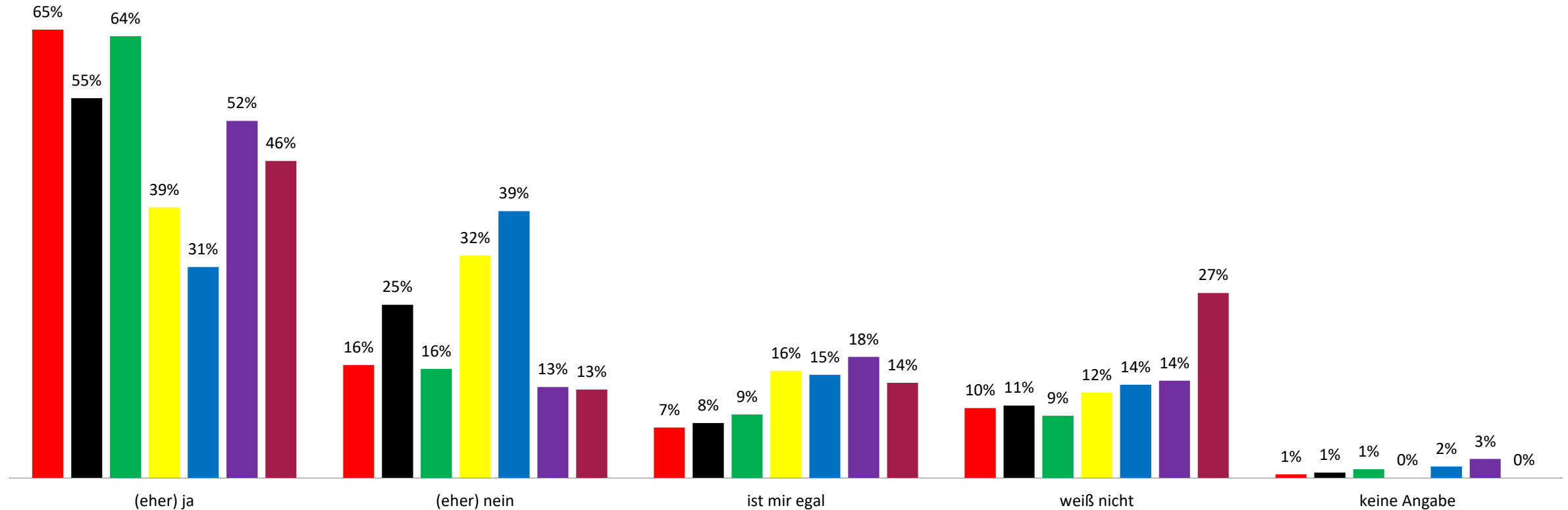


Grundsätzlich wünschen sich alle Altersgruppen mehrheitlich, dass die Union die Gesetzesvorhaben zur Rente noch ermöglicht, wobei dieser Anteil mit dem Alter tendenziell nochmal deutlich ansteigt: von 32 bei jüngsten auf 59 Prozent bei den ältesten Befragten. Entsprechend gegenläufig ist dieser Alterstrend bei jenen, welchen dies egal ist (von 25 auf 6 %).

Drei größere Gesetzesvorhaben zur gesetzlichen Rente, zur betrieblichen Altersversorgung und zur privaten Altersvorsorge sind noch im Gesetzgebungsverfahren.

Sollte die CDU/CSU als größte Oppositionspartei den Abschluss dieser Vorhaben bis zur Auflösung des Bundestages noch ermöglichen?

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Die Grünen ■ FDP ■ AfD ■ Die Linke ■ BSW



Nur AfD-Wähler wünschen sich mehrheitlich nicht, dass die Union für die drei Gesetzesvorhaben zur Rente stimmt (39 %). Bei Wählern der FDP beträgt dieser Anteil 32 Prozent und bei Unions-Wähler selbst 25 Prozent (Rest: 13 – 16 %). Allerdings fällt nur bei ersteren der Anteil der verneinenden Befragten mehrheitlich aus – alle anderen Wählergruppen wünschen sich jeweils mehrheitlich von der Union eine Zustimmung zu diesen drei Gesetzesvorhaben (39 – 65 %). BSW-Wähler wissen hier deutlich am häufigsten keine Positionierung (27 zu 9 – 14 %).

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.